

VORWORT

Der Besuch der Scheicha

Palais des Nations in Genf: Sie glitt durch den »Saal der Menschenrechte und der Allianz der Zivilisationen« wie eine Fata Morgana. Zwei mit blauen Diamanten besetzte Gehänge an den Ohrläppchen, eine Weißgoldkette dreifach um den Hals geschlungen, die Finger vom kostbaren Glanz ihrer Ringe geschmückt, während ihre hohe Gestalt von einer atemberaubenden purpurfarbenen Tunika eng umschlossen war und das braune Haar teilweise unter einem roten Turban verschwand... So präsentierte sich, von tausend Feuern umspielt, die Scheicha Mozah Bint Nasser Al-Missned, zweite Gemahlin von Scheich Hamad bin Khalifa Al Thani, dem ehemaligen Emir von Katar, und Mutter des herrschenden Emirs. Sie nahm in der Mitte der Tribüne Platz.

In dem riesigen Saal – ein Geschenk der spanischen Regierung für den Sitz der Vereinten Nationen in Genf – drängten sich Botschafterinnen und Botschafter, Direktorinnen und Direktoren der Spezialorganisationen, verschiedene geladene Gäste. Mir hatte man einen seitlichen Platz in der dritten Reihe zugewiesen, ein paar Meter von der Tribüne entfernt.

Neben mir saß ein untersetzter Mann mit spiegelglatter Glatze und hellwachen Augen, mein Freund Mohamed Siad Doualeh, ein somalischer Dichter und Botschafter Dschibutis.

Fasziniert betrachtete er die seltsam erstarrten Gesichtszüge der Frau. Er beugte sich zu mir und fragte: »Wie viele Schönheitsoperationen?« Etliche, wenn man den Gerüchten Glauben schenken durfte. Tatsächlich schienen in dem schönen Gesicht der Scheicha nur die Augen lebendig zu sein.

Es war ein kühler Herbstmorgen des Jahres 2015. Ban Ki-moon, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, hatte die Scheicha mit einer wichtigen Mission betraut: Sie sollte den Würdenträgern des europäischen Sitzes der Vereinten Nationen die »Agenda 2030« der UNO präsentieren.

Zur Erinnerung: Im September 2000, an der Schwelle des neuen Jahrtausends, hatte Kofi Annan, der damalige Generalsekretär, die Regierungschefs der damals 191 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen nach New York eingeladen. 165 von ihnen hatten die Reise auf sich genommen. Es ging darum, die acht größten Tragödien der Menschheit zu benennen und Strategien zu ihrer Beseitigung zu entwerfen. Das Schlussdokument trug den Titel *Millenniumsziele (Millennium goals)*. Man legte eine Frist von fünfzehn Jahren fest, um diese Tragödien wenn nicht zu beenden, so doch, um sie spürbar zu lindern. Ein Beispiel: Ziel Nummer 1 war die Forderung, bis Ende 2015 die Zahl der Opfer von Hunger und Unterernährung weltweit zu halbieren.

Nach Ablauf der fünfzehn Jahre ist die Bilanz beschämend: Nur sehr selten vermochten die – vorwiegend in der südlichen Hemisphäre gelegenen – Staaten, die von den genannten Tragödien geschlagen sind, den Katastrophen zu entrinnen. Vor allem das Ziel Nummer 1, die Verringerung der Zahl der Opfer von Hunger und Unterernährung, wurde vollkommen verfehlt.

Die unter der Federführung von Ban Ki-moon entworfene »Agenda 2030« forderte die Mitgliedstaaten auf, den Kampf auf der bisherigen Grundlage und mit neuen Methoden fortzu-

setzen. Dieses Mal listete man siebzehn Tragödien auf. Zur Bekämpfung jeder einzelnen wurden spezifische Strategien vorgeschlagen.

Etwas schockiert fragte ich meinen Nachbarn, warum Ban Ki-moon die Scheicha von Katar mit dieser prestigeträchtigen Präsentation betraut habe. Siad Doualeh, der zwei Jahre lang an der Ausarbeitung der »Agenda 2030« in New York mitgewirkt hatte, erwiderte trocken: »Die Kataris zahlen.«

Katar ist eine Halbinsel mit einer Fläche von etwas mehr als 10 000 Quadratkilometern im Persischen Golf. Mit dem Iran teilt sie sich den westlichen Schelf und die märchenhaften Gas- und Ölvorkommen, die dort liegen.

Auf der Halbinsel leben 250 000 bis 300 000 Kataris in verschiedenen, teils verfeindeten Stämmen. Seit Ende der englischen Besatzung im Jahr 1971 steht das Land unter der absoluten Herrschaft der Familie Al Thani.

Katar ist der weltweit führende Exporteur von Flüssigerdgas. Eine Million Barrel pro Tag produzieren die Förderplattformen vor der Küste. Das Land hat nur eine einzige Landgrenze – die Grenze zu Saudi-Arabien. Im Inneren praktizieren die Herrscher von Doha einen strengen wahhabitischen Islam. Als Rechtssystem dient die Scharia.

Die Halbinsel, die lange von den Persern und dann von den Osmanen beherrscht wurde, ist eine riesige trockene Ebene, die gänzlich mit Sand bedeckt ist. Für das Funktionieren der Wirtschaft sorgen 1,8 Millionen Arbeitsmigranten, die vorwiegend aus Bangladesch, Nordindien und Nepal kommen. Die Scheicha und ihr Sohn, der regierende Scheich Tamim bin Hamad Al Thani, behandeln sie wie Sklaven.

Bei ihrer Ankunft müssen die Einwanderer ihre Pässe abgeben. Es kommt zu zahllosen sexuellen Übergriffen gegenüber

Hausangestellten, zu Arbeitsunfällen und Misshandlungen. Die katarischen Arbeitgeber können über Leben und Tod ihrer ausländischen Sklaven entscheiden.

In puncto Außenpolitik ist das Emirat ein lupenreiner Satellit der Vereinigten Staaten. Der größte amerikanische Militärstützpunkt außerhalb der Vereinigten Staaten befindet sich in Katar: Al-Udeid ist sogar der größte Luftwaffenstützpunkt der Welt. Seine Kasernen, Werkstätten, Rollfelder, submarinen Schlupfwinkel, Flugzeughallen, Depots und Kommunikationszentren bedecken fast ein Drittel des katarischen Staatsgebiets.

Die katarischen Geheimdienstler, Finanzagenten und Waffenhändler, die im Mittleren Osten und Maghreb ihr Unwesen treiben, handeln im Auftrag der Amerikaner.

Im Vergleich zu den Herrschern von Doha waren die Atriden der griechischen Mythologie liebenswerte Philanthropen. Die Ermordung von Gegnern aus rivalisierenden Stämmen und Staatsstreiche innerhalb des regierenden Stammes sind an der Tagesordnung.

Eines Morgens im Sommer 1995 war der herrschende Emir so leichtsinnig, sich zur Sommerfrische in eines seiner prächtigen Anwesen am Ufer des Genfersees zu begeben. Einer seiner Söhne nutzte die Gelegenheit, um ihn zu stürzen. Vorangegangen war eine erste Unvorsichtigkeit des Emirs: Kurz zuvor hatte er diesen Sohn zum Verteidigungsminister und Geheimdienstchef ernannt. Allerdings war der Emir selbst ein Usurpator. Er bestieg den Thron, nachdem er seinen Onkel gewaltsam abgesetzt hatte. Übrigens hat der Usurpator von 1995 – vielleicht, um dem Schicksal seiner Vorgänger zu entgehen – 2013 die Macht seinem Sohn Tamim übergeben, dem gegenwärtigen Sklavenhalter in Doha und Lieblingssohn der Scheicha.

Nach einem vollkommen undurchsichtigen Auswahlverfah-

ren hat die FIFA 2010 dem Land der Scheicha die Ausrichtung der Fußballweltmeisterschaft 2022 zugesprochen. Eine Entscheidung, die für die Herrscherfamilie einen willkommenen Prestigegewinn bedeutet. Seither ist das Land mit gigantischen Baustellen bedeckt – für Schnellstraßen, Stadien, Luxushotels, Wasserleitungen, Entsalzungsanlagen und so fort. Diese Arbeiten pharaonischen Ausmaßes verschlingen Menschen. Seit 2010 sind fast 1400 bengalische, indische und nepalesische Arbeiter auf dem Altar der FIFA und der maßlosen Ambitionen des Emirats geopfert worden. Am 23. März 2016 hat Amnesty International eine Pressemitteilung veröffentlicht, in der sie die Züricher Bürokraten der FIFA auffordert, endlich ihr Versprechen einzulösen und die Wahhabiten in Doha dazu zu bringen, auf den Baustellen minimale Standards des Arbeitsschutzes einzuhalten und den Familien der Unfallopfer die versprochenen Entschädigungen zukommen zu lassen. Amnesty International hat eine Rechnung aufgemacht: Wenn sich an den mörderischen Bedingungen nichts ändert, werden bis 2022 weitere 7000 Arbeitsmigranten auf den katarischen Baustellen ums Leben kommen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben weder die Apparatschiks in Zürich noch die Wahhabiten in Doha auf das Verlangen von Amnesty International reagiert.

Die Nachmittagssonne stand noch hoch am Himmel, als die Scheicha endlich ihre Rede verlesen hatte und die UNO-Zeremonie endete. Am Ausgang des Saals begegnete ich einem eleganten Herrn von etwa sechzig Jahren mit kurz geschnittenen grauen Haaren und freundlichen Augen – Guy Ryder, in Liverpool geboren, Soziologieexamen in Cambridge, Chef des TUC (*Trade Union Congress*), dann der *Confédération des Syndicats libres* in Brüssel. Nach einem denkwürdigen Wahlkampf wurde

er 2012 Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die ihren Hauptsitz in Genf hat. Wir gehören derselben lokalen Gewerkschaft an, der UNIA Genève. Entsprechend der schönen (wenn auch ein wenig altmodischen) TUC-Tradition begrüßt er seine Freunde mit der Anrede *Brother*.

Ryder sagte zu mir: »Die Regierung in Doha verstößt gegen fast alle Übereinkommen der ILO ... Wenn die Arbeiter weiterhin auf diesen Baustellen sterben und verstümmelt werden, gibt es 2022 keine Fußballweltmeisterschaft in Doha, das verspreche ich dir.« Ryder sagte das vollkommen ruhig. Ich sah ihm in die Augen und zweifelte keinen Augenblick daran, dass er Wort halten würde.

Während der denkwürdigen Tage vom 9. bis zum 12. August 1941 wühlte ein Sturm das Meer auf. Regen peitschte die Wasseroberfläche. Der Wind heulte um den Kreuzer USS *Augusta* der amerikanischen Kriegsmarine, der vor der neufundländischen Küste festgemacht hatte. An Bord befanden sich der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt und der britische Premierminister Winston Churchill.

Die Welt versank in Blut und Verderben, während die Nazi-Ungeheuer und die japanischen Imperialisten Europa und Asien verwüsteten. Unbeirrbar und visionär glaubten Churchill und Roosevelt an den Sieg der Alliierten. Auf der USS *Augusta* skizzierten sie – durchgeschüttelt und durchnässt – die Grundlagen einer neuen Weltordnung. In der Atlantikcharta, die nach ihrem Treffen am 14. August 1941 veröffentlicht wurde, tauchte zum ersten Mal das schöne Wort von den »Vereinten Nationen« auf. Diese Atlantikcharta hat die am 26. Juni 1945 in San Francisco unterzeichnete Gründungscharta der Vereinten Nationen antizipiert und inspiriert.

Auf vier Pfeilern ruhte diese neue Weltordnung: erstens dem Recht eines jeden Volkes, die Regierungsform zu wählen, unter der es leben möchte, und der Wiederherstellung dieses Rechts, wenn ihm seine Souveränität gewaltsam genommen wurde; zweitens der Verhinderung aller Kriege zwischen Staaten durch einen Zwangsmechanismus, der für die kollektive Sicherheit sorgt; drittens der Garantie, dass die Menschenrechte aller Bewohner des Planeten gewahrt und geschützt werden; viertens der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit überall auf der Welt.

Während der Jahrzehnte, die auf die Annahme dieser Charta folgten, kam es zu einer Entwicklung, die keiner der beiden Staatsmänner vorhergesehen hatte: der fortschreitenden Macht-ergreifung durch die Oligarchien eines immer stärker globalisierten Finanzkapitals, die die Souveränität der Staaten, also der Hauptakteure der geplanten neuen Ordnung, zunehmend untergruben und schließlich völlig zerstörten.

Die erklärte Aufgabe von Staaten besteht im Schutz des Allgemeinwohls, in der Verwirklichung des öffentlichen Interesses. Dagegen kennt das Finanzkapital nur ein Gesetz, das der Maximierung seines Profits in möglichst kurzer Zeit.

Vor dem Wirtschafts- und Sozialrat der UNO müssen die 23 UN-Sonderorganisationen, die Sonderinstitutionen sowie die anderen UN-Agenturen und -Organe jedes Jahr ihre Tätigkeitsberichte vorlegen: die Weltgesundheitsorganisation (WHO) für den Kampf gegen Epidemien und endemische Krankheiten; die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (*Food and Agriculture Organization of the United Nations*, FAO) und das Welternährungsprogramm (*World Food Programme*, WFP) für die Aufgabe, Unterernährung und Hunger zu reduzieren; die Weltorganisation für Meteorologie (*World Meteorological Organization*, WMO) für das Bemühen, auf die fatalen Folgen des

Klimawandels hinzuweisen; das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (*United Nations Environment Programme*, UNEP) für die Maßnahmen zur Eindämmung der Wüstenbildung auf Ackerland; das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (ursprünglich: *United Nations International Children's Emergency Fund*; heute: *United Nations Children's Fund*, UNICEF) unter anderem für den Kampf gegen die Kindersterblichkeit.

2016 sind auf diesen Schlachtfeldern mehr als 54 Millionen Menschen gefallen. Zum Vergleich: Der Zweite Weltkrieg hat in sechs Jahren insgesamt 57 Millionen zivile und militärische Opfer gefordert.

Der Dritte Weltkrieg gegen die Völker der Dritten Welt hat längst begonnen.

Fast unmerklich hat sich diese kannibalische Weltordnung etabliert. Winzige kapitalistische Oligarchien von beinahe grenzenloser Macht, die sich fast jeder staatlichen, gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Kontrolle entziehen, bemächtigten sich des weitaus größten Teils der weltweiten Reichtümer und zwingen den Staaten der Erde nun ihr Gesetz auf.

Die UNO ist blass und kraftlos. Der Traum, den sie ursprünglich verkörperte – die Errichtung einer gerechten Weltordnung –, ist gescheitert. Vor der Allmacht der privaten Oligarchien erweisen sich ihre Interventionsmittel als weitgehend wirkungslos.

Und trotzdem! Unter der scheinbar sterbenden Glut glimmt noch das Feuer. Die Hoffnung vagabundiert durch die Trümmer der UNO. Denn der Horizont der Geschichte bleibt die kollektive Organisation des Planeten unter der Herrschaft des Rechts mit dem Ziel, überall für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit zu sorgen.

Nichts anderes zählt.

»Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.« Diese Forderung wurde im ersten Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 niedergelegt – und von allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen unterzeichnet.

Mag das Kollektivbewusstsein auch der von den herrschenden Oligarchien verbreiteten neoliberalen Wahnidee auf den Leim gehen, es bleibt dennoch durchdrungen von der Idee der Gleichheit aller Menschen.

Je mehr der Schrecken, die Negation und die Verachtung des anderen um sich greifen, desto stärker wächst rätselhafterweise die Hoffnung. Der Aufstand des Gewissens ist nah. Abermals.

Rousseau, Voltaire, Diderot, d'Alembert, Montesquieu sind die Ahnherren der UN-Charta. Die multilaterale Diplomatie verdankt der Aufklärung ihre Grundprinzipien. Fast im Wortlaut wiederholt die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, die die französischen Revolutionäre 1789 verkündeten.

Von Ernst Bloch stammt die rätselhafte Aufforderung: »Vorwärts zu unseren Wurzeln!«

Ich will an diesem Kampf teilnehmen. Im Interesse der Wiedergeburt einer dahinsiechenden UNO soll mein Buch dazu beitragen, die Männer und Frauen guten Willens für die bevorstehenden Kämpfe zu rüsten.

Hier der Plan, der ihm zugrunde liegt.

Das erste Kapitel beschreibt die gegenwärtige kannibalische Weltordnung und erinnert an die Entwicklungsziele, die die UNO 2016 in ihrer »Agenda 2030« zur Überwindung des Übels festgelegt hat. Als Symptom dieser Ordnung wird die mörderische Praxis der »Geierfonds« untersucht.

Das zweite Kapitel ist persönlicher. Darin versuche ich zu erklären, warum ich, nachdem ich vor fast einem Vierteljahrhundert das stark autobiografisch gefärbte Buch *Wie herrlich, Schweizer zu sein*¹ veröffentlicht habe, heute eine weitere Pause am Wegesrand einlege; ich möchte mir die Kämpfe vergegenwärtigen, die ich ausgefochten habe – die Kämpfe, die ich gewann, die ich verlor, die uns noch erwarten und die wir gemeinsam führen werden. Im Lauf der letzten fünfundzwanzig Jahre, insbesondere seit meiner Ernennung zum Ersten Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Recht auf Nahrung im Jahr 2000, finden diese Kämpfe im Wesentlichen auf den Schlachtfeldern der UNO statt.

Im dritten und vierten Kapitel erinnere ich an die Gründungsprinzipien der UNO und ihre Entstehungsgeschichte. Zwei im weitesten Sinne politische Strategien dominieren den Planeten und bekämpfen sich: die (von den USA ausgehende) imperiale Strategie und die – bescheidenere und geduldigere – multilaterale Diplomatie, wie sie von der UNO propagiert wird. Im fünften Kapitel geht es darum, die imperiale Strategie und ihre ideologische Rechtfertigung zu beschreiben.

Im sechsten und siebten Kapitel versuche ich, unter den Überschriften »Krieg und Frieden« und »Die universelle Gerechtigkeit« zu zeigen, wie die Blauhelme der UNO auf drei Kontinenten bemüht sind, den Frieden zu bewahren beziehungsweise zu schaffen, und wie die Richter an den verschiedenen internationalen Gerichtshöfen der UNO Recht sprechen.

Ein Gespenst geht um in der multilateralen Diplomatie der Gegenwart: das tragische Geschick des Völkerbunds, der am

1 Jean Ziegler, *Wie herrlich, Schweizer zu sein*, München und Zürich 1993; Vollst. überarb. und mit einem aktuellen Nachw. vers. Taschenbuchausg., München 1999. In unveränderter Textfassung seit 2017 wieder lieferbar.

Ende des Ersten Weltkriegs im Rahmen des Versailler Vertrags gegründet wurde, das heißt, von den Mächten der Entente auf Initiative des amerikanischen Präsidenten Thomas Woodrow Wilson (und in geringerem Maße des französischen Politikers Léon Bourgeois, der auch der erste Präsident des Völkerbunds war). Die Gründung des Völkerbunds wurde insgesamt von 63 Staaten ratifiziert (allerdings nie von den Vereinigten Staaten, nachdem der amerikanische Senat, der gegen die Ratifizierung des Versailler Vertrags war, auch gegen den Beitritt zum Völkerbund gestimmt hatte). Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs besiegelte das Schicksal des Völkerbunds. Das achte Kapitel ist ihm gewidmet, dessen Scheitern heute die Vertreter der UNO – einschließlich meiner Person – heimsucht.

Als ehemaliger Sonderberichterstatter und gegenwärtiger Vizepräsident des Beratenden Ausschusses des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen ist meine Arbeit heftiger Kritik durch die Regierungen in Washington und Tel Aviv ausgesetzt, aber auch durch zahlreiche sogenannte »Nichtregierungsorganisationen«, die auf Initiative der genannten Regierungen gegründet wurden. Deren Diffamierungskampagnen begegne ich in einem neunten Kapitel mit dem Titel »Palästina«.

Wo ist Hoffnung? Unter anderem im Wiedererstarken der UNO und in der Wiederverwendung jener Instrumente, die sie uns für unseren Kampf zur Verfügung stellt. In den *Brüdern Karamasow* schreibt Fjodor Dostojewski: »Jeder ist verantwortlich für alles vor allen.« Wie ich im Schlusskapitel darlege, ist das die Aufgabe jedes Einzelnen.

Im Sommer 1961 kam es in Rom zur ersten Begegnung von Jean-Paul Sartre und Frantz Fanon, einem von den Antillen

stammenden Psychiater, der in der algerischen Revolution eine entscheidende Rolle spielte. Danach schrieb Sartre über Fanon: »Wir haben den Wind gesät, er ist der Sturm.«¹

Den Feind erkennen, den Feind bekämpfen.

Ein Buch kann dazu beitragen, den Feind zu demaskieren, das Bewusstsein zu befreien und den Wind zu säen. Doch morgen wird es an den Völkern sein, die mörderische Weltordnung niederzureißen und jene Hoffnung wiederauferstehen zu lassen, deren Keim 1941 auf der USS *Augusta* gelegt worden war.

1 Jean-Paul Sartre, »Vorwort«, in: Frantz Fanon, *Die Verdammten dieser Erde*, Frankfurt a. M. 1966, S. 20.

KAPITEL EINS

Die Oligarchen gegen die Völker

Von dem amerikanischen Wirtschaftsmagazin *Forbes* wird Warren Buffett als einer der reichsten Menschen der Welt bezeichnet. Vor einigen Jahren erklärte er dem Sender CNN: »There's class warfare, all right, but it's my class, the rich class, that's making war, and we're winning.« (»Klar herrscht ein Klassenkampf, aber es ist meine Klasse, die reiche Klasse, die den Krieg führt, und wir sind im Begriff, ihn zu gewinnen.«)¹

Die Präambel der Charta der Vereinten Nationen beginnt mit den Worten: »*We the Peoples of the United Nations* ...« (»Wir, die Völker der Vereinten Nationen ...«). Es obliegt der UNO – oder genauer, den Signatarstaaten vom 26. Juni 1945 in San Francisco –, die kollektiven Interessen der Völker, das internationale Gemeinwohl, zu schützen.

Doch heute werden diese Interessen in jeder Hinsicht von der Klasse der Reichen, der Klasse der Warren Buffetts, attackiert. Die Staaten haben ihre Kraft und Handlungsfähigkeit weitgehend eingebüßt und sich in gewisser Weise von den – ihrerseits höchst dynamischen und schlagkräftigen – Beutejägern des globalisierten Finanzkapitals außer Gefecht setzen lassen.

1 Warren Buffett, Interview bei CNN, 25. Mai 2005, zitiert in der *New York Times*, 26. November 2006.

Mein jüngster Kampf – der gegen die »Geierfonds« – ist ein Musterbeispiel dieser Bedingungen, wenn auch auf einem relativ eingeschränkten Schlachtfeld.

Gemeint ist der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen. Er umfasst 47 Mitgliedstaaten, die von der Generalversammlung proportional zur Gesamtzahl der Staaten auf den fünf Kontinenten gewählt werden, und ist, nach der Generalversammlung (dem Parlament der Vereinten Nationen) und dem Sicherheitsrat (ihrer Regierung), die drittwichtigste Instanz der UNO. Er hat eine Doppelfunktion: Erstens überprüft er regelmäßig die Menschenrechtspolitik der 193 UN-Mitgliedstaaten, und zweitens legt er neue völkerrechtliche Normen fest, wenn bislang nicht berücksichtigte Situationen es verlangen.

Der Menschenrechtsrat besitzt ein Unterorgan in Gestalt des Beratenden Ausschusses, der aus achtzehn Experten besteht (davon drei aus der Gruppe der westlichen Staaten). Die Experten erarbeiten die Unterlagen und formulieren Vorschläge für den Rat. Der Beratende Ausschuss hat keine Entscheidungsgewalt, aber sein Einfluss ist beträchtlich, da die Botschafter und Botschafterinnen bei den Vereinten Nationen, aus denen sich der Menschenrechtsrat zusammensetzt, nur selten Spezialisten auf dem Gebiet der Menschenrechte sind. Die Mitglieder des Ausschusses werden auf Vorschlag ihrer Herkunftsstaaten ernannt, aber ihr Mandat ist nicht bindend und ihr Handeln vollkommen frei. Nach den Satzungen des Ausschusses sind sie zu Neutralität und Unabhängigkeit verpflichtet.

Als Mitglied, das dem Ausschuss seit 2008 angehört, bekenne ich, dass ich in meiner Arbeit nicht einen Augenblick »neutral« bin. Die Menschenrechte sind eine mächtige Waffe in den Händen derer, die die Welt verändern, das Leid der Menschen lindern und die Opfer aus dem Würgegriff der Finanzmarodeure befreien

wollen. Um in diesem Kampf Erfolg zu haben, muss man Bündnisse schließen. Unabhängigkeit bedeutet Vereinzelung. Auf sich allein gestellt, gewinnt man keinen Kampf. Allianzen mit den Mitgliedstaaten des Rates, mit diesem oder jenem Kollegen im Ausschuss sind Vorbedingungen des Sieges.

In dem globalen Klassenkampf – dem Krieg der Reichen gegen die Völker, der von Warren Buffett und seinesgleichen geführt wird – muss man sich für ein Lager entscheiden.

Die Menschen in den armen Ländern arbeiten sich zu Tode, um die Entwicklung der reichen Länder zu finanzieren. Der Süden finanziert den Norden – vor allem die herrschenden Klassen in den Ländern des Nordens. Das wirksamste Herrschaftsinstrument, das dem Norden heute zur Unterdrückung des Südens zur Verfügung steht, ist der Schuldendienst.

Die Kapitalflüsse von Süd nach Nord übertreffen diejenigen von Nord nach Süd bei Weitem. Pro Jahr zahlen die armen Länder an die reichen Länder viel mehr Geld, als sie von diesen in Form von Investitionen, Kooperationskrediten, humanitärer Hilfe oder sogenannter Entwicklungshilfe bekommen.

Bei der Auslandsverschuldung eines Landes unterscheidet man die Staatsverschuldung – die, wie der Name sagt, vom Staat verantwortet wird – und die Gesamtverschuldung. Letztere ist eine Zusammenfassung der Staatsverschuldung und der Verschuldung, die auf das Konto von Privatunternehmen des betreffenden Landes geht.

Alle Entwicklungsländer – ausgenommen die BRICS-Staaten (nach den Anfangsbuchstaben von *Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika*)¹ – hatten am 31. Dezember 2015 eine Staats-

1 China, Indien und Brasilien gelten gegenwärtig als aufstrebende Wirtschaftsgroßmächte. Russland ist im Begriff, seinen einstigen Großmachtstatus wiederherzustellen, während Südafrika eher eine wirtschaftliche Regionalmacht ist.

verschuldung von 1539 Milliarden Dollar und eine Gesamtverschuldung von 3170 Milliarden Dollar.¹

Der Schuldendienst versklavt die Völker der südlichen Hemisphäre.

Von Zeit zu Zeit geht das eine oder andere überschuldete Land bankrott. Solche Länder sind zahlungsunfähig und daher außerstande, ihren Gläubigern die Zins- und Tilgungsraten zu zahlen, die sie ihnen schulden. Die Währungsreserven ihrer Zentralbanken schwinden. Die Länder werden für »zahlungsunfähig« erklärt. An den Börsen der Welt stürzen die Kurse ihrer Staatsanleihen ab. Sie können kein Geld mehr aufnehmen, nichts mehr importieren. Es kommt zur Krise, die Exporte brechen ein, Devisen bleiben aus, die Arbeitslosigkeit explodiert, und die Landeswährung fällt ins Bodenlose.

Im Hinblick auf Verschuldung und Bankrott sehen die nationalen Rechtsvorschriften genaue Regelungen vor und bieten eine Vielzahl von Lösungen – von Moratorien bis hin zu geordneten Konkursverfahren (mit Bevorzugung der Arbeitnehmer usw.). Nichts dergleichen auf der internationalen Bühne. Hier zählen die reinen Machtverhältnisse, die in der Beziehung zwischen Schuldnerländern und internationalen Bankiers herrschen.

In den letzten Jahrzehnten sind auf diesem Gebiet neue Akteure in Erscheinung getreten: die Geierfonds, die sich ihren Namen verdient haben, weil sie sich als Räuber und Aasfresser betätigen. Geierfonds sind spekulative Investitionsfonds mit Sitz in Steuerparadiesen, die sich vor allem mit dem Ankauf von Schuldtiteln auf dem Sekundärmarkt² weit unter Nennwert be-

1 Eric Toussaint, *Les chiffres de la dette*, Lüttich, Éditions CADTM, 2016.

2 Markt für den Handel mit bereits emittierten Wertpapieren.

fassen, mit dem Ziel, maximale Profite einzuheimsen. Sie sind jeglicher öffentlicher Kontrolle entzogen.

Wie gehen die Betreiber dieser Geierfonds vor?

Staaten, die von ihren Schulden erdrückt werden, müssen regelmäßig eine Herabstufung der von ihnen emittierten Staatsanleihen aushandeln. Praktisch führen diese Verhandlungen – wenn sie ihren Zweck erfüllen – zur Ausgabe neuer, sogenannter »umstrukturierter«, Schuldtitel. Der Wert dieser Titel kann beispielsweise um 70 Prozent herabgesetzt sein: In diesem Fall erhält der Bankier eine neue Schuldverschreibung, deren Wert 30 Prozent des ursprünglichen Schuldtitels entspricht. Aber die alten Schuldtitel verschwinden nicht. Sie zirkulieren auf dem Sekundärmarkt.

Die Geierfonds gehören ungeheuer reichen Individuen und verfügen daher über extrem gut gefüllte Kriegskassen, oft in Höhe vieler Milliarden Dollar. Sie gebieten über ein Heer von Anwälten, die in der Lage sind, auf allen Kontinenten Prozesse über zehn oder fünfzehn Jahre zu führen, wenn es denn sein muss. Wie machen sie das? Nun, sie kaufen auf dem Sekundärmarkt zu Niedrigstpreisen alte Schuldverschreibungen auf. Dann verklagen sie die Schuldnerländer vor ausländischen Gerichten auf hundertprozentige Begleichung der Schuldtitel.

2015 wurden von 26 Geierfonds 227 Prozesse in 48 verschiedenen Rechtssystemen gegen 32 Schuldnerländer geführt. Der Anteil der Prozesse, die von den Geierfonds in dem Jahrzehnt von 2005 bis 2015 gewonnen wurden, beläuft sich auf 77 Prozent. Dabei liegt die Gewinnspanne, die sie in dem genannten Zeitraum mittels dieser Vorgehensweise erzielten, zwischen 33 und 1600 Prozent.

Besonders beliebt sind englische und amerikanische Gerichte bei den Aasgeiern. Nach einer Studie des *Wall Street Journal* sind

von 1976 bis 2010 120 Prozesse vor Gerichten dieser beiden Länder gegen 26 Schuldnerländer geführt worden. 89 Prozent dieser Verfahren endeten mit einem juristischen Sieg der Geier.

Die Geierfonds töten Menschen. Ein Beispiel: Nach einer entsetzlichen Dürreperiode forderte 2002 eine Hungersnot Zehntausende von Opfern in Malawi. Von den elf Millionen Einwohnern dieses im Südosten Afrikas gelegenen Landes waren sieben Millionen akut unterernährt. Der Staat konnte den Opfern nicht helfen, weil er einige Monate zuvor die Maisvorräte (40 000 Tonnen!) seiner *National Food Reserve Agency* auf dem freien Markt hatte verkaufen müssen. Ein Geierfonds hatte vor einem britischen Gericht die Verurteilung Malawis zur Zahlung mehrerer Zehnmillionen Dollar erstritten ...

Martin Wolf, der Mitherausgeber der *Financial Times*, ist wahrlich kein Revolutionär, trotzdem schreibt er: »It is unfair to the real vultures to name the holdouts such since at least the real vultures perform a valuable task.« (»Man beleidigt die echten Geier, wenn man diese Holdout-Fonds als ›Geierfonds‹ bezeichnet, denn erstere spielen gelegentlich eine nützliche Rolle!«)¹. Er hat recht: Geier säubern die Gerippe von Tierkadavern in der Savanne und verhindern auf diese Weise die Ausbreitung von Epidemien.

Die Eigentümer der Geierfonds gehören zu den schlimmsten Beutejägern des kapitalistischen Systems.

Schauen wir uns einige Exemplare an.

Michael F. Sheehan, den seine Kollegen in der City of London »Goldfinger« nennen (in Anspielung auf den goldbesessenen Bösewicht einer James-Bond-Episode), ist Eigentümer von

1 Zitiert in: Martin Khor, »The Battle to curb vulture funds«, in: *South-Bulletin* (Genf), 12. Februar 2015.

Donegal International mit Sitz auf den Jungferninseln. 1979 führte Sambia landwirtschaftliche Geräte im Wert von 30 Millionen Dollar aus Rumänien ein. 1984 wurde Sambia zahlungsunfähig. Donegal International erwarb von Rumänien die sambischen Schuldverschreibungen für 3 Millionen Dollar. Anschließend verklagte Goldfinger Sambia vor einem Londoner Gericht auf Zahlung von 30 Millionen Dollar. Er gewann den Prozess, woraufhin er überall auf dem Globus sambische Vermögenswerte beschlagnahmen ließ: Kupferausfuhren, Immobilien, die dem sambischen Staat gehörten, sambische Lastwagen in Südafrika und so fort. Schließlich gab die Regierung in Lusaka nach. Im Rahmen eines außergerichtlichen Vergleichs verpflichtete sich das Land, 15,5 Millionen Dollar an Goldfinger zu zahlen.

Peter Grossmann, Eigentümer von FG Capital Management, mit Sitz in der amerikanischen Steueroase Delaware, hat die Demokratische Republik Kongo in die Knie gezwungen. EnergoInvest ist ein Konzern in Ex-Jugoslawien, der der DR Kongo (dem damaligen Zaire) die elektrischen Anlagen für den Bau eines Staudamms im Fluss Kongo lieferte. Ende 1980 stellte die Regierung in Kinshasa ihre Zahlungen ein. Grossmann kaufte EnergoInvest, gegenwärtig im Besitz der bosnischen Regierung, alle Schuldtitel für 2,5 Millionen Dollar ab. Anschließend legte er der Regierung in Kinshasa eine Zahlungsaufforderung in Höhe von 100 Millionen Dollar vor. Die Internationale Handelskammer in Paris erkannte den Schuldtitel an. Seither beschlagnahmt Grossmann überall auf der Welt Erzlieferungen aus dem Kongo, Auslandskonten kongolesischer Unternehmen und so fort.

Paul Singer, ein Mann mit einem runden kahlen Schädel und blassen, kurzsichtigen Fischaugen, ist Chef von Elliott Manage-

ment und NML Capital und besitzt ein Privatvermögen, das auf 17 Milliarden Dollar geschätzt wird.¹ 1995 wurde Peru von einer Wirtschaftskrise erschüttert. Banken gingen in Konkurs. Für elf Millionen Dollar kaufte Singer deren »*distressed debts*« (notleidende Schuldtitel). Die peruanische Regierung hatte Garantien für die Bankschulden übernommen. Daher strengte Singer in New York eine Klage gegen den peruanischen Staat an. Im Jahr 2000 erhielt er 58 Millionen Dollar von der Regierung in Lima.

2001 musste Argentinien, die drittgrößte Volkswirtschaft Lateinamerikas nach Brasilien und Mexiko, den Staatsbankrott erklären. Daraufhin stellte es die Zahlung der Tilgungsraten und Zinsen auf seine Staatsverschuldung ein, die sich auf 81 Milliarden Dollar belief. Die Arbeitslosigkeit lag in der arbeitsfähigen Bevölkerung bei über 20 Prozent. Gegenüber dem Dollar büßte die Landeswährung rund 75 Prozent ihres Wertes ein. Die Währungsreserven der Zentralbank schmolzen zusammen. 47 Prozent der Bevölkerung gerieten in extreme Armut. In erster Linie war die Militärdiktatur an dieser Katastrophe schuld, denn sie hatte Argentinien die größte Auslandsschuld seiner Geschichte hinterlassen.

Daraufhin rief die argentinische Regierung die Gläubigerbanker zusammen. Die Verhandlungen dauerten zwei Jahre. Bestrebt, wenigstens einen Teil ihrer Außenstände einzutreiben, erklärten sich die Banker schließlich mit einem 70-prozentigen Wertverlust ihrer Schuldtitel einverstanden.

Infolgedessen emittierte der argentinische Staat restrukturierte Schuldtitel, die sich auf 30 Prozent des ursprünglichen Wertes beliefen. Aber die alten Titel zirkulierten noch auf dem Sekundärmarkt. Die Geierfonds, insbesondere die von Paul Singer, er-

1 *The Guardian*, 15. Juli 2015.

warben die ursprünglichen Schuldverschreibungen weit unter ihrem Nominalwert.

Das 2003 geschlossene Abkommen ermöglichte Argentinien, ein wenig Luft zu holen. Präsident Nestor Kirchner von der *Partido Justicialista*, der peronistischen Partei, nahm den Kampf gegen die extreme Not auf. Bereits 2004 fiel der Bevölkerungsanteil der »extrem Armen« von 47 auf 16 Prozent. Vor 2003 hatte die Regierung 9,5 Prozent des Bruttosozialprodukts in Sozialprogramme investiert (Gesundheit, Schulen, Subventionen für Grundnahrungsmittel usw.). Nach dem massiven Schuldenabbau stiegen diese Investitionen auf 15,6 Prozent.

Aber im Kampf gegen die Geierfonds reihte sich eine Niederlage an die andere. Einige Beispiele:

Das Bundesbezirksgericht in New York verurteilte die Regierung in Buenos Aires zur Zahlung einer Summe von 1,33 Milliarden Dollar an Paul Singer für einen Schuldtitel, den dieser für einen Bruchteil dieser Summe erworben hatte. Auf diese Weise machte Singer mit einem Schlag einen Profit von 1600 Prozent! Aus dem Präsidentenpalast Casa Rosada schickte Nestor Kirchner einen Brief nach New York, in dem er erklärte, er werde das Urteil nicht anerkennen. Weitere Niederlagen folgten: Immer und immer wieder entschieden die amerikanischen Richter für die Geierfonds.

Trotzdem blieb Argentinien bei seiner Ablehnung der Urteile.

Die New Yorker Urteile waren natürlich rechtskräftig. Und die Schatzsuche begann. Singer versuchte, in den Vereinigten Staaten die dort deponierten Goldreserven der Zentralbank von Argentinien zu beschlagnahmen. Im Golf von Guinea kreuzte das Segelschiff »La Libertad« der argentinischen Kriegsmarine. Als die Fregatte im Hafen von Accra vor Anker ging, ließ die Regierung von Ghana sie auf Weisung eines New Yorker

Richters beschlagnahmen. Weltweit veranlassten die Anwälte der Geierfonds die Pfändung von Vermögenswerten des argentinischen Staates: Getreideschiffe im Hamburger Hafen, Flugzeuge, die in Miami landeten. Überall versuchten die Anwälte im Sold der Geierfonds, solche Beschlagnahmungen durchzuführen, in den meisten Fällen mit Erfolg. Beispielsweise kam es 2015 allein in Frankreich zu vierzig derartigen Beitreibungsverfahren.¹

2007 endete die Amtszeit von Nestor Kirchner. Ihm folgte seine Frau Cristina Fernández de Kirchner, die ebenfalls der peronistischen Linken angehörte. Aber sie änderte die Strategie. Zwar dachte auch sie nicht daran, in der Auseinandersetzung mit den Geierfonds klein beizugeben, aber sie beschloss, die Frage vor den Menschenrechtsrat der UNO zu bringen. Ihr Ziel: eine neue völkerrechtliche Norm durchzusetzen, die dem Treiben der Finanzhaie ein für alle Mal einen Riegel vorschob.

Mit Alberto Pedro D'Alotto schickte die Präsidentin einen ihrer angesehensten Diplomaten nach Genf. Zuvor war er stellvertretender Außenminister und dann Botschafter in New York gewesen. Elegant, zurückhaltend, hochgewachsen, immer mit einem etwas ironischen Blick hinter seiner randlosen Brille, war er ein typischer *Porteño*-Intellektueller vom Schlage Jorge Luis Borges'. Rasch stieg er zum Chefskordinator der lateinamerikanischen Staaten im Menschenrechtsrat auf und wurde wenig später zum Vizepräsidenten des Rats gewählt.

2013 bewarb ich mich um ein zweites Mandat im Beratenden Ausschuss des Menschenrechtsrats. Die amerikanische und die israelische Regierung führten eine heftige Diffamierungskampagne gegen mich. Auf die Gründe werde ich in Kapitel 9 genauer eingehen.

1 *Le Monde*, 8. Juni 2016.